

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Frank Luhmann (CDU)

vom 8. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. April 2025)

zum Thema:

Präventionsmaßnahmen/-kampagnen aufgrund der Cannabislegalisierung

und **Antwort** vom 24. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. April 2025)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Frank Luhmann (CDU)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22303

vom 8. April 2025

über Präventionsmaßnahmen/-kampagnen aufgrund der Cannabislegalisierung

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die Berliner Bezirke um Stellungnahme gebeten. Sie wird in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

1. Welche durch den Senat initiierte bzw. geförderte Aufklärungs-/ Präventionsmaßnahmen bzw. -kampagnen gegen Drogenkonsum gibt es aktuell in Berlin und mit welchen Zielrichtungen?

Zu 1.:

Das Land Berlin ergreift vielfältige suchtpreventive Maßnahmen mit dem Ziel, Konsumanreize und Risiken des Drogenkonsums zu minimieren sowie missbräuchlichem Substanzkonsum und der Entwicklung von Abhängigkeitserkrankungen wirksam vorzubeugen bzw. diese deutlich zu reduzieren. Die initiierten und geförderten Maßnahmen verfolgen unterschiedliche Zielsetzungen und richten sich an verschiedene Zielgruppen.

Unter anderem werden folgende Projekte im Land Berlin für die Entwicklung und Durchführung suchtpreventiver und frühinterventiver Maßnahmen gefördert:

- Fachstelle für Suchtprävention Berlin (Träger: Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH),
- Fluffi-Klub (Träger: NACOA e. V.),
- HaLT reaktiv (Träger: Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V., Stiftung SPI),
- MOFA – Die mobile Familiensprechstunde (Träger: Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e. V.),
- Prevents (Träger: Karuna e. V.),
- SONAR – Safer Nightlife Berlin (Träger: Fixpunkt e.V., Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e. V., vista gGmbH),
- Therapieladen (Träger: Therapieladen e.V.),
- Vergiss mich nicht (Träger: Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.),
- Wigwam – Projekte für Kinder aus suchtbelasteten Familien (Träger: vista gGmbH),
- Wigwam Zero (Träger: vista gGmbH).

Im Bereich der schulischen Suchtprävention kommen unter anderem etablierte Programme wie „Besmart - don't start“ (IFT Nord GmbH), „IPSY – suchtpreventives Lebenskompetenzprogramm für die Grundschulen“ (Friedrich-Schiller-Universität Jena) und „Klasse 2000“ (Programm Klasse2000 e. V.) zum Einsatz.

Auf Bundesebene vom Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG) entwickelte Kampagnen, wie beispielsweise „Null Alkohol – Voll Power“ und „Yound wild &...“ oder das Projekt „Drugcom.de“, werden auch in Berlin genutzt. Die Verbreitung erfolgt zum Beispiel über Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, öffentliche Einrichtungen oder Akteurinnen und Akteure des Berliner Suchthilfesystems.

2. Wie werden die Risiken und Nebenwirkungen des Cannabiskonsums in den Kampagnen kommuniziert?

Zu 2.:

Die Risiken und Nebenwirkungen des Cannabiskonsums werden in den Kampagnen zur Suchtprävention differenziert, zielgruppengerecht und wissenschaftlich fundiert kommuniziert. Dabei stehen nicht moralische Appelle im Vordergrund, sondern die Vermittlung von Wissen, die Förderung kritischer Auseinandersetzung und die Stärkung der Risikokompetenz.

3. Welche dieser Maßnahmen / Kampagnen werden fortgesetzt bzw. weiterhin gefördert und welche nicht?

Zu 3.:

Die in der Beantwortung zu Frage 1 genannten Maßnahmen werden fortgeführt. Mit der Verabschiedung des Konsumcannabisgesetzes (KCanG) wurden seitens des Bundes jedoch keine zusätzlichen finanziellen Mittel bereitgestellt, um die Suchtprävention in den Ländern und Kommunen gezielt zu stärken.

4. Werden die Maßnahmen/ Kampagnen im Einzelnen evaluiert? Wenn ja:

- a) durch wen werden sie evaluiert?
- b) aufgrund welcher Parameter?
- c) und mit welchen Ergebnissen?

Wenn nein, warum nicht?

Zu 4.a), 4.b) und 4.c):

Das BIÖG stellt zur Erhebung und Dokumentation bundesweit durchgeführter Suchtpräventionsmaßnahmen in Deutschland das Dokumentationssystem Dot.sys zur Verfügung. Das Land Berlin beteiligt sich an dieser Datenerfassung.

Im Jahr 2023 wurden von den 3.276 erfassten suchtpreventiven Maßnahmen in Berlin 86 % systematisch dokumentiert (Bundesdurchschnitt: 2/3 aller Maßnahmen) und jede zweite Maßnahme einer Evaluation unterzogen.

Im Rahmen der Evaluation wurden folgende Parameter genauer analysiert: Struktur, Prozess und Ergebnis der jeweiligen Maßnahme.

In der Struktur-Evaluation wird der Aufbau des zugrundeliegenden Arbeitsbereiches, etwa die Ausstattung, die Qualifizierung der Mitarbeitenden etc., evaluiert.

Die Prozess-Evaluation befasst sich mit den Abläufen bzw. Prozessen des Arbeitsbereiches: Sie untersucht die Organisation der Aktivitäten oder der verschiedenen Arbeitsschritte (z.B. Begleitung einer Maßnahme durch Qualitätszirkel, Anzahl der erreichten Teilnehmenden, Akzeptanz bei den Teilnehmenden).

Mithilfe einer Ergebnis-Evaluation werden die Ergebnisse der suchtpreventiven Aktivitäten/ Maßnahmen bzw. die Veränderungen der suchtrelevanten Indikatoren (Veränderungen von Wissen, Einstellungen, Verhalten und Verhältnissen im Vorher-Nachher-Vergleich) analysiert.

Die Aufschlüsselung der Evaluation der durchgeführten suchtpreventiven Maßnahmen im Jahr 2023 in Berlin kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Evaluation	2023
Evaluation der durchgeführten Maßnahme ist nicht vorgesehen	48%
Evaluation der durchgeführten Maßnahme wird aktuell durchgeführt	20%
Davon <u>intern evaluiert</u>	83%
Struktur (Mehrfachnennung möglich)	78%
Prozess (Mehrfachnennung möglich)	78%
Ergebnis (Mehrfachnennung möglich)	100%

Davon <u>extern evaluiert</u>	17%
Struktur (Mehrfachnennung möglich)	98%
Prozess (Mehrfachnennung möglich)	97%
Ergebnis (Mehrfachnennung möglich)	100%
Evaluation der durchgeführten Maßnahme ist bereits vorhanden	32%
Davon <u>intern evaluiert</u>	11%
Struktur (Mehrfachnennung möglich)	48%
Prozess (Mehrfachnennung möglich)	50%
Ergebnis (Mehrfachnennung möglich)	97%
Davon <u>extern evaluiert</u>	89%
Struktur (Mehrfachnennung möglich)	1%
Prozess (Mehrfachnennung möglich)	96%
Ergebnis (Mehrfachnennung möglich)	100%

Quelle: Dot.sys - Dokumentationssystem für Maßnahmen der Suchtprävention

5. An wen richten sich insbesondere Cannabis-Präventionsmaßnahmen bzw. -kampagnen und (wie) werden diese Zielgruppen erreicht?

Zu 5.:

Alkohol, Cannabis und Tabak wurden im Rahmen der für 2023 in Dot.sys erfassten suchtpreventiven Maßnahmen am meisten thematisiert. 23 % der insgesamt erfassten Maßnahmen richteten sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und 72 % an Endadressatinnen und Endadressaten. Folgende Settings wurden am meisten adressiert:

Schule (46 %), Freizeit (32 %) und Familie (29 %).

Cannabis-Präventionsmaßnahmen in Berlin richten sich insbesondere an folgende Zielgruppen:

Kinder und Jugendliche, junge Erwachsene, Eltern, Lehr- und Fachkräfte, Multiplikatoren und die Fachöffentlichkeit.

Das Land Berlin nutzt eine lebensweltorientierte Präventionsstrategie, bei der Maßnahmen dort ansetzen, wo Menschen leben, lernen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Ziel ist eine möglichst passgenaue Ansprache der jeweiligen Zielgruppe – mit alltagsnaher Sprache, auf geeigneten Kanälen und mit interaktiven Methoden. Dabei wird Wert auf niedrigschwellige Zugänge und die Stärkung von Schutzfaktoren gelegt, statt allein auf Konsumverbote zu setzen.

6. Inwieweit wurden durch den Senat spezielle Präventionsmaßnahmen/-kampagnen infolge des Cannabis-Legalisierungsgesetzes neu initiiert?

Zu 6.:

Dazu wird auf die Beantwortung von Frage 12 in der Schriftlichen Anfrage 19 / 222 09 vom 01. April 2025 verwiesen.

7. Inwieweit sind die Bezirke in Cannabis-Präventionsmaßnahmen/ -kampagnen eingebunden?

Zu 7.:

Die Berliner Bezirke sind in unterschiedlichem Umfang in Cannabis-Präventionsmaßnahmen eingebunden. Eine zentrale Rolle spielen dabei die bezirklichen Suchthilfekoordinationen, welche im regelmäßigen Austausch mit der Landessuchtbeauftragten stehen und sich darüber hinaus viermal jährlich im Kooperationsgremium Suchtprävention mit Berliner Akteurinnen und Akteuren der Suchtprävention zu aktuellen Bedarfen und Entwicklungen austauschen. Weiterhin sind die Suchthilfekoordinationen in Berliner Landesprogramme, wie „Na klar – unabhängig bleiben“, eingebunden und führen teils eigene bezirkliche Arbeitskreise und Projekte zum Thema Suchtprävention durch.

Eine wichtige Rolle für die Einbindung der Bezirke spielt auch die Fachstelle für Suchtprävention, die den Bezirken cannabisspezifische Präventionsmaterialien zur Verfügung stellt, fachliche Inputs und Weiterbildung anbietet, im Austausch mit den bezirklichen Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) steht und in zwei Bezirken pro Jahr die Jugendfilmtage durchführt.

8. Werden Infomaterialien des Senats oder anderer Initiatoren gezielt und direkt von den Bezirken angefordert und wenn ja, von welchen Bezirken genau?

Zu 8.:

Infomaterialien und interaktive Methoden werden von den Bezirken gezielt bei der vom Land Berlin geförderten Fachstelle für Suchtprävention angefordert. Eine vollständige Übersicht, welche Bezirke dies regelmäßig tun, liegt dem Senat nicht vor. Aus den Rückmeldungen der Bezirke geht jedoch hervor, dass unter anderem die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Marzahn-Hellersdorf, Mitte, Neukölln, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick aktiv Materialien beziehen und einsetzen.

9. Sind dem Senat eigenständige bezirkliche Cannabis-Präventionsmaßnahmen/ -kampagnen bekannt, die diese von sich aus gestartet bzw. fortgeführt haben? Wenn ja: welche?

Zu 9.:

Zu den wiederkehrenden Formaten für Suchtprävention in den Berliner Bezirken gehören die Jugendfilmtage sowie „Fit für die Straße“. In beiden Formaten wird zunehmend auch Cannabis als Substanz thematisiert.

Beispielhaft werden in der Folge einige eigenständige, bezirkliche Cannabis-Präventionsmaßnahmen benannt.

In Charlottenburg-Wilmersdorf konnte über Lenkungsmittel des Senats (Sicherheitsgipfel) im September 2024 ein Projekt gestartet werden, das Prävention in Schulen ermöglicht. Eine durch Projektmittel in Vollzeit festangestellte Sozialarbeiterin bietet zusammen mit einer Kollegin der Suchtberatungsstelle „LogIn“ Seminare in Schulklassen sowie Elternabende an, um mit den Schülerinnen und Schülern über die Risiken des Suchtmittelkonsums (insbesondere des Cannabiskonsums) ins Gespräch zu kommen und zu sensibilisieren, aber auch um die im Bezirk befindliche Suchtberatungsstelle bekannter zu machen. Über den persönlichen Kontakt soll die Schwelle zum Aufsuchen der Drogenberatungsstelle für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Eltern verringert werden.

Das Projekt begann am 01.09.2024 und endet voraussichtlich am 31.12.2025 aufgrund der befristeten Mittelzuweisung. Eine Fortsetzung erscheint jedoch schon jetzt aufgrund des immens hohen Bedarfs mehr als sinnvoll.

Marzahn-Hellersdorf begegnet der zunehmenden Verunsicherung erwachsener Bezugspersonen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit einem Projekt im Rahmen der Kiezorientierten Gewaltprävention zum Thema Drogen und Sucht. Es zielt darauf ab, dass Kinder, Jugendliche sowie Fachkräfte und Eltern sich zum Thema Sucht und Suchtprävention gut beraten fühlen und die Gefahren und Folgen, aber auch die Hilfsangebote gut kennen. Durchgeführt wird das Projekt von der Drogen- und Suchtberatung der vista gGmbH.

Der Bezirk Spandau bietet die Jugendfilmtage jährlich an und fördert diese aus Bezirksmitteln. Die JugendFilmTage Spandau sind ein Projekt der schulischen Suchtprävention, das auch die Cannabis-Prävention beinhaltet und an mehreren Tagen mit allen 8ten Klassen aus drei Spandauer Oberschulen umgesetzt wird. Das Bezirksamt Spandau, das Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentrum (SIBUZ) Spandau und die Fachstelle für Suchtprävention Berlin haben die Veranstaltung gemeinsam umgesetzt, unterstützt von Akteurinnen und Akteuren der Suchtprävention und Suchthilfe aus dem Bezirk, wie etwa Mitarbeitenden von Suchtberatungsstellen, der Schulsozialarbeit und der Polizei. Im Hinblick auf die Cannabislegalisierung wurde die Präsenz des Themas im Rahmen einer Mitmachstation

verstärkt und dieses auch in andere veranstaltungsspezifische Mitmachstationen eingebunden.

Zudem wird im Bezirk Neukölln in 2025 der Youth Space in den Gropiuspassagen zu einer Präventionspraxis für Neukölln ausgebaut, die auch aufsuchend tätig ist. Umgesetzt wird das Projekt von der Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH. Im Rahmen des Projektes gilt es, insbesondere riskante Konsummuster zeitnah zu erkennen und Jugendliche sowie deren Familien an das Hilfesystem zu vermitteln bzw. zu unterstützen. Fachkräfte können sich beraten und schulen lassen.

Der Bezirk Pankow plant für 2025 eine Fachveranstaltung zum Thema Cannabisprävention.

Berlin, den 24. April 2025

Dr. Ina Czyborra
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege